

BESCHLÜSSE UND ÜBERWEISUNGEN

39. Landesparteitag

15. Juni 2024 | Löbau

Beschlüsse

Beschluss (Antrag des Landesvorstands - 1)

Betreff:

Vorgehen. Weil es um Sachsen geht. – Löbauer Erklärung

Der Landesparteitag beschließt:

Die Landtagswahl am 1. September wird für die Menschen in Sachsen eine Richtungswahl bei der es darum geht, wie wir in Sachsen in Zukunft miteinander leben und arbeiten wollen. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger in Sorge. Herausforderungen wie Migration, gestiegene Lebenshaltungskosten und Unsicherheiten bei den Energiepreisen und Lieferketten treiben Verbraucher und Unternehmen um. Die Stimmung in der Gesellschaft trübt sich ein, Standpunkte klaffen noch deutlicher auseinander und es entsteht der Eindruck, dass die Ampel-Regierung in Berlin nicht auf die Sorgen der Menschen reagiert.

Als Sächsische Union ist für uns klar: Gerade jetzt braucht es gute und vernünftige Politik, um den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Sicherheit und Stabilität zu geben, für einen funktionierenden Staat zu sorgen, solide und sparsam mit Steuergeld zu haushalten und eine pragmatische, an der Realität und den Grenzen der Belastbarkeit orientierte Politik zu gewährleisten.

Eine funktionierende Demokratie muss starke Meinungsverschiedenheiten aushalten können, doch zeigen die jüngsten Angriffe auf Wahlkämpfer und Drohungen gegen Andersdenkende, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Die breite Mitte der Gesellschaft ist aufgefordert, für ihre positiven und freiheitlich-demokratischen Überzeugungen noch stärker entgegenzutreten. Als Sächsische Union stehen wir für eine lebendige Debattenkultur: klar in der Sache, aber mit Anstand und Respekt.

Was im Bund falsch läuft, machen wir im Freistaat besser: Wir setzen dem Ampel-Kurs den sächsischen Weg entgegen. Das bedeutet, dass sich unsere Politik an den Bürgerinnen und Bürgern ausrichtet. Wir gehen unseren Weg mit den Menschen in

Sachsen und verlassen uns auf unsere Stärke: miteinander offen Probleme ansprechen, gemeinsam nach den besten Lösungen suchen und dann gemeinsam anpacken.

Mit Blick auf die Landtagswahl ist klar: Als Sächsische Union wollen wir mit unserem Spitzenkandidaten Michael Kretschmer stärkste Kraft in Sachsen werden und Sachsen eine starke, bürgerliche Regierung geben.

In der langen Geschichte Sachsens hat sich erwiesen: Die Menschen hier waren immer besonders stark und erfolgreich, wenn Bürger und Wirtschaft mehr Freiraum für Entwicklung, Eigeninitiative und Kreativität hatten. Diesen Antritt bildet auch unser Regierungsprogramm „Weil es um Sachsen geht.“ Ab. Mit konkreten Maßnahmen wollen wir in den kommenden fünf Jahren das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen funktionierenden Staat und das gesellschaftliche Miteinander stärken:

1. Unsere Grenzen sicher machen!

Stärkung der gemeinsamen Fahndungsgruppen

In den zurückliegenden Jahren ist vielen Bürgerinnen und Bürgern bewusst geworden, der Eindruck entstanden, die Grenzen seien nicht mehr ausreichend sicher und die menschenunwürdige Schleuserkriminalität nehme zu. Diesem Eindruck eines überforderten Staates müssen gerade wir als Land im Grenzraum durch konkret sichtbare Schritte entgegentreten. Mit der Stärkung gemeinsamer Fahndungsgruppen mit Sicherheitsbehörden aus der Tschechischen Republik und Polen werden wir die Sicherheit unserer Grenzen zu den Nachbarländern wirksam herstellen. Solange es wie aktuell keinen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen gibt, brauchen wir nationale Grenzkontrollen. Der Erfolg der bisherigen Maßnahmen in Sachsen beweist, dass solche Kontrollen Wirkung zeigen.

2. Flüchtlingspolitik: Die Realität vor Ort muss wieder Maßstab werden!

Jährliche Aufnahme flexibel begrenzen – derzeit auf 3.000 Personen

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden muss stärker als bisher beachtet werden, wo die Belastungsgrenzen der Kommunen liegen und wie viel Zuwanderung von den Menschen akzeptiert wird. Ende 2023 gehörten bei uns eine sechsstellige Zahl von Menschen zu den verschiedenen Gruppen von laufendem Asylantrag über Duldung bis zum subsidiären Schutz. Angesichts der aktuellen Situation vor Ort halten wir eine Obergrenze von

jährlich 60.000 aufzunehmenden Flüchtlingen für absolut notwendig, damit die logistischen Möglichkeiten und Maßnahmen zur Integration nicht überfordert werden. Für Sachsen würde dies eine Aufnahme von 3.000 Flüchtlingen bedeuten, während im vergangenen Jahr deutlich mehr Asylsuchende im Freistaat registriert wurden. Wir werden uns in Absprache mit den anderen Bundesländern beim Bund für ein künftiges Modell mit einem sogenannten „atmenden Deckel“ stark machen, durch den die Obergrenze auf Grundlage der jeweiligen Situation jährlich gemeinsam neu festgelegt wird. Zudem fordern wir, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer, die seit 2022 Schutz vor dem russischen Angriff bei uns suchen und diesen selbstverständlich erhalten, angesichts der zunehmenden Dauer ihres Aufenthaltes nur noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sie dafür jedoch mehr Unterstützung bei der Integration in unseren Arbeitsmarkt bekommen.

3. Konsequentes Einschreiten gegen Kriminalität

Das Eintreten für Recht und Gesetz als Normalfall unterstreichen

Ein Gemeinwesen kann nur dann gedeihen, wenn ein Rechtsstaat nicht nur Recht setzt, sondern dieses auch durchsetzt. Wer sich nicht an die Regeln hält und anderen schadet, bekommt die Konsequenzen zu spüren – auf jedem Quadratmeter unseres Freistaates: Wir akzeptieren keine rechtsfreien Räume und stehen rigoros gegen jede Aufweichung unserer Gesetze ein, denn dies ist das Einfallstor für weitere Auswüchse. Wir wollen in Sachsen noch intensiver Verfahren beschleunigen und die Zahl der Bürgerpolizisten verdoppeln – für mehr spürbare Sicherheit in ganz Sachsen. Ein besonderes Augenmerk muss jungen Ersttätigen und Gewalt unter Jugendlichen gelten. Wir gehen konsequent gegen Reichsbürger und andere Feinde unserer Verfassung vor. Nachdem die aktuelle Bundesregierung zu wenig Engagement bei der Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber an den Tag legt und unseren Forderungen nicht folgt, werden diese umso mehr an die künftige Bundesregierung richten.

4. Unser gemeinsames Fundament sichern!

Mehr Respekt und Sicherheit für alle, die unser Gemeinwesen schützen

Wir werden Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehr- und Rettungskräfte, Amts- und Mandatsträger sowie alle, die durch ihre Tätigkeit besonders sichtbar und gefährdet sind, stärker als bisher schützen. Damit setzen wir den Weg fort,

dass entsprechende Handlungen strafrechtlich nicht nur konsequenter belangt werden können, sondern dies auch in der Praxis passiert. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Respekt vor Ordnungshütern und Rettungskräften, die täglich ihre Gesundheit oder ihr Leben riskieren, in der Gesellschaft gestärkt und ihr Einsatz gewürdigt wird.

5. Erstklassige Bildung: Kein Kind wird zurückgelassen!

Beitragsfreies Kita-Jahr und Reform des Lehramtsstudiums

Wir investieren weiterhin massiv in Bildung – nicht erst in der Schule: Die Grundlagen für die Entwicklung junger Menschen werden weit vor dem ersten Schultag entwickelt. Damit Grundschulkindern weniger mit Sprachdefiziten und anderen Rückständen zu kämpfen haben, führen wir ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr als verpflichtendes Vorschuljahr ein. An seinem Beginn steht eine verbindliche Überprüfung von Sprachvermögen und Ausdrucksfähigkeit, aufgrund derer Defizite bis zur Einschulung durch gezielte Förderung möglichst stark ausgeglichen werden sollen. Um dem Stundenausfall in Schulen zu begegnen, wollen wir das Studium fürs Lehramt reformieren. Studenten sollen dezentral in Sachsen auch an HAW studieren können und gleichzeitig Praxiserfahrung sammeln.

6. Rückenwind für das Ehrenamt!

Mehr Zeit fürs Ehrenamt, weniger Zeit am Schreibtisch

Unser Land und seine Gesellschaft leben an vielen Stellen von ehrenamtlichem Engagement: Sportvereine, Kultureinrichtungen oder Kirchengemeinden sind ein Motor der Gesellschaft und für die Entwicklung der nachfolgenden Generationen. Die dort Aktiven verdienen mehr Würdigung und konkreter Unterstützung. Mit einem Pauschalvertrag mit der GEMA für sächsische Vereine wollen wir Ehrenamtliche von Bürokratie und Kosten entlasten und ihnen mehr Zeit für Engagement schaffen. Ebenso wollen wir bürokratischen Aufwand im Ehrenamt reduzieren.

7. Wir machen ernst: zwei Jahre ohne neue Regeln!

Bürokratiemoratorium stärkt Planungssicherheit

Unseren Willen, eigenes Handeln zu hinterfragen und Regelungen zur Disposition zu stellen, drücken wir ganz konkret durch ein zweijähriges Bürokratiemoratorium aus: keine neuen Regeln, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen belasten. Diese Zeit werden wir für einen Bürokratie-

Check zentraler Gesetze und Regelungen sowie Förderverfahren nutzen, sie vereinfachen und ihre Prozesse soweit möglich digitalisieren. Ausgenommen von dem Moratorium sind nur dringend notwendige Regelungen durch unvorhersehbare Situationen, auf die der Staat – wie während der Corona-Pandemie oder bei Naturkatastrophen – zwingend reagieren muss.

8. Kommunalen Ebene Luft zum Atmen zurückgeben!

Folgekosten vor Ort klarer benennen und abgrenzen

Von einer künftigen Bundesregierung und der sie tragenden Mehrheit im Deutschen Bundestag werden wir eine Debatte über eine Neujustierung von Kosten auf Bundesebene gefällter Entscheidungen fordern. Wenn etwa der Bundesgesundheitsminister jüngst von einer „explosionsartigen“ Zunahme von Pflegebedürftigen sprach, so lassen sich die daraus entstehenden Mehrkosten für Landkreise und kreisfreie Städte unschwer voraussehen. Bereits in den vergangenen Jahren ist der durch sie zu stemmende Zuschuss zu den Pflegekosten im zweistelligen Millionenbereich gestiegen, was den finanziellen Handlungsspielraum weiter einschränkt. Wir werden vom Bund eine Rückbesinnung auf das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ fordern: eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Pflegekosten bis hin zur Übernahme der gesamten Personalkosten in der Pflege.

9. Fleiß belohnen statt Leistung bestrafen!

Überstunden durch Steuerfreiheit attraktiver machen

Wer mehr arbeitet und mehr verdient, wird bisher durch die Steuerprogression schlechter gestellt. Dies wollen wir umdrehen und uns im Bund dafür einsetzen, dass bei Vollzeitarbeit Überstunden steuerfrei gestellt werden und Mehrarbeit somit attraktiver wird. Das soll auch für Rentnerinnen und Rentner gelten, die einige Stunden pro Woche ihr langjähriges Fachwissen einsetzen und weitergeben wollen. Angesichts des Fachkräftemangels können viele Arbeitgeber und jüngere Kollegen von diesem Wissensschatz profitieren, wodurch zugleich die Wertschätzung für ältere Arbeitskräfte in der Gesellschaft erhöht wird.

10. Dem Fachkräftemangel stärker entgegenwirken!

100-Tage-Programm zur schnellen Abhilfe bestehenden Bedarfs

Gerade in ländlicheren Regionen sind bereits heute die Folgen des Fachkräftemangels zu spüren, der durch den demographischen Wandel noch

stark zunehmen wird. Wir werden in einem Schnellverfahren ein 100-Tage-Programm zur Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften in ausgewählten Zielländern und in ausgewählten Branchen vorantreiben. Dazu werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft Anwerbungsbüros einrichten, in denen Menschen befähigt und vermittelt werden, die sich für in Deutschland gefragte Arbeitsfelder interessieren und die nötige Motivation besitzen,

Sprache und Beruf zu erlernen und Teil unserer Gesellschaft zu werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Ermöglichung der Nutzung der Zeitarbeit für die internationale Fachkräftegewinnung ein.

11. Den Umbruch in Wirtschaft und Forschung mit Optimismus gestalten!

Veränderungsbedarf für Digitalisierung und Zukunftsbranchen nutzen

Unternehmer- und Forschergeist erfordern Tatkraft und Optimismus. Wir Sachsen sind Macher: So wie unsere Vorfahren vor 200 Jahren zu den Vorreitern der ersten Industrialisierung zählten und Produkte aus unserer Heimat zu Weltruf kamen, wollen wir auch die aktuelle Transformationsphase nutzen, um unsere Wettbewerbschancen zu verbessern: vom „Silicon Saxony“ und dem Ausbau unserer Standortpolitik ausbauen für Neuansiedlungen bis zu starken Handwerksbetrieben, wo wir mehr Talenten zum Meisterbrief verhelfen wollen. Zudem fördern wir impulsgebende Wissenschaftsprojekte wie das künftige bundesweite Bauforschungszentrum in der Oberlausitz. Wir setzen uns für ausgewogene Regeln bei der sozialversicherungsrechtlichen Bestimmung der Selbstständigkeit ein, die die Selbstständigen nicht verunsichern.

12. Sichere Versorgung bei Krankheit und im Alter!

Gute Gesundheits- und Pflegeversorgung ausbauen

Die Landarztquote war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Nach ihrem Vorbild wollen wir eine Quote für Zahnärzte und Apotheker einführen und somit die Versorgung im ländlichen Raum sichern. Die Pflege unserer alternden Bevölkerung ist allein durch Beitragserhöhungen nicht mehr zu finanzieren. Auch die Eigenanteile müssen bezahlbar bleiben. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für einen Pflegekostendeckel einsetzen, der den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Planbarkeit für das Alter gibt. Wir werden noch intensiver in Kurzzeitpflege, gerade als Entlastung pflegender Angehöriger, investieren und so Möglichkeiten für mehr Freiheit in der Pflege schaffen.

13. Vorfahrt für wichtige Infrastrukturprojekte!

Wichtige Verkehrswege und Netze ausbauen

Sachsen hat immer noch unfertige wichtige Infrastrukturprojekte. Von der A72 im Westen bis zur B178 im Osten: Straßen enden im Nichts, Schienen sind nicht elektrifiziert. Wir werden uns weiterhin für den raschen Ausbau der A4 stark machen und prüfen eine neue Priorisierung der Strukturstärkungsmittel. Um den Anschluss an die Zukunft nicht zu verpassen, werden wir uns in Europa und beim Bund für einen umfassenden Anschluss unserer Forschungsstandorte an das Wasserstoffnetz einsetzen. Zudem soll es nach Möglichkeit bald keine schwarzen und grauen Flecken mehr in Sachsen geben – weder im Mobilfunk noch beim Internet.

Der Straßenbau geht in Sachsen zu langsam voran. Wir wollen keine Dauerbaustellen, die den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft unnötig Zeit rauben. Wir werden einen Maßnahmenplan erarbeiten, damit wieder schneller gebaut wird.

14. Mehr Bürgerbeteiligung stärkt den Zusammenhalt!

Weiterentwicklung von Mitsprachemöglichkeiten

In den vergangenen Jahren hat die Polarisierung der politischen und gesellschaftlichen Debatten zugenommen. Ob Corona-Pandemie oder Ukraine-Krieg – der Ton ist vielfach rauer geworden und führte sogar zu körperlichen Angriffen. Populisten und Extremisten werben mit falschen Versprechungen und Feindbildern um Anhänger. Daher brauchen wir ein Mehr an demokratischer Debattenkultur und unmittelbarer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger, um mit einer streitbaren und lebendigen Demokratie den Veränderungen zu begegnen. Dazu werden wir die Gesetze über Volksanträge, -begehren und -entscheide im Einvernehmen mit den Kommunen prüfen und weiterentwickeln. Wirksame Bürgerbeteiligung stärkt die Identifikation und Motivation aller Mitwirkenden in Bezug auf ihre Heimat sowie deren Entwicklung.

15. Konkret handeln statt nur fordern!

Den sächsischen Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz nutzen

Zahlreiche notwendige Veränderungen lassen sich nur gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern lösen. Am 1. Oktober übernimmt Sachsen den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz, deren bundesweite Relevanz sich im Zuge den Krisensitzungen während der Corona-Pandemie

besonders erwiesen hat. Sachsen hat die Chance, zum Initiator von Reformimpulsen zu werden, die Auswirkungen auf viele Lebensbereiche haben. Bei den bevorstehenden Tagungen in Sachsen und Berlin sowie Gesprächen mit der Bundesregierung werden wir deutlich machen, was der Umgang mit der Realität vor Ort bedeutet. Zudem werden wir unsere bestehenden Forderungen weiterhin eindringlich gegenüber der Bundesregierung vertreten, etwa unser Ziel, die Mehrwertsteuer für die Gastronomie wieder zu senken.

Beschluss (Antrag des Landesvorstands - 2)

Betreff:

Wir stehen fest an der Seite der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Der Landesparteitag beschließt:

Unsere ländlichen Regionen sind ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft undenkbar. Diese Wirtschaftsbereiche erhalten unsere Kulturlandschaft, übernehmen konkrete Verantwortung für die Region und versorgen die Menschen mit regional erzeugten, vielfältigen und hochqualitativen Lebensmitteln. Ebenso leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und des Artensterbens sowie zur Klimaanpassung.

Jeder Land-, Forst und Fischereiwirt, egal ob konventionell oder ökologisch wirtschaftend, arbeitet allein schon aus Eigeninteresse nachhaltig und denkt über Generationen hinaus.

Dieser Wirtschaftsbereich befindet sich, wie auch andere Wirtschaftszweige in Deutschland, in einer Krise. Während die Weltwirtschaft und die Wirtschaft in der EU wachsen, hinkt Deutschland und auch Sachsen anderen Staaten hinterher. Doch anstatt unsere Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu unterstützen, will die Bundesregierung sie schwächen. Vor allem die zunehmende Bürokratie belastet die Verantwortlichen in den Betrieben. Wir wollen das schnell ändern.

Die Betriebe brauchen wieder Zuversicht, Vertrauen, Planbarkeit und den politischen Rahmen, um ihr Potenzial zu entfesseln. Deshalb stehen wir an der Seite der Betriebe, ihrer Familien und Beschäftigten. Es braucht einen Befreiungsschlag.

Als Sächsische Union setzen wir uns deshalb für ein Entbürokratisierungsprogramm auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ein:

1. Kurzfristige Maßnahmen

Das Antragsverfahren zur Agrarförderung ist umgehend zu verbessern. Es darf keinesfalls zu Säumnissen und Fehlern wie im vergangenen Jahr kommen. Ebenso wollen wir die Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik vereinfachen. Milchproduzierende Betriebe sollen, wie in Bayern, Milchautomaten weiterhin ohne Beleg betreiben können. Das Weideschussverfahren werden wir vereinfachen.

Während Erntezeiten sollen Abweichungen von den allgemeinen Arbeitszeiten möglich werden. Auch wollen wir die Genehmigungen für den Betrieb übergroßer Erntemaschinen auf öffentlichen Straßen vereinfachen und das Verfahren pauschalisieren. Belastungen durch Bürokratie wollen wir durch die Reduktion der Anzahl der Mehrfachkontrollen der gleichen Kontrollinhalte erreichen. Wir werden uns für die konsequente Einführung des Once-Only-Prinzips einsetzen, bei dem Informationen nur einmalig von Betrieben eingegeben werden müssen und diese dann für weitere Vorgänge oder statistische Abfragen genutzt werden können.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frostdüngung zugelassen wird und eine rechtssichere Regelung für den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in Sachsen geschaffen wird. Bei Förder- und Antragsverfahren, wie bspw. beim Antrag auf Kormoranvergrämung oder der Förderrichtlinie Teichwirtschaft und Naturschutz, wollen wir eine Vereinfachung erwirken. Härtefallausgleichsantragstellungen sollen zukünftig bei der Fischereibehörde möglich sein, und damit dort, wo die fachliche Beurteilung erfolgt. Die Förderrichtlinie Schaf- und Ziegenzucht werden wir verstetigen

2. Mittelfristige Maßnahmen

Kleinere Betriebe und Schlachtereien wollen wir bei den Kosten für die Fleischschau unterstützen, sodass die Kosten reduziert und gedeckelt werden. Wir werden außerdem darauf achten, dass durch eine enge Kooperation zwischen Verwaltung und Landwirtschaftsbetrieben Verwaltungsabläufe und -Verfahren so

geplant werden, dass der Aufwand für die Betriebe möglichst gering ist. Dabei werden wir auch darauf achten, möglichst viel digital anzubieten und die Formate einfach und nutzerorientiert zu gestalten. Eine Geringfügigkeitsgrenze beim Verpackungsgesetz wollen wir nach dem Vorbild anderer EU-Staaten einführen. Die Fortbildung in der Sachkunde Pflanzenschutz soll nur noch alle 5 Jahren notwendig sein.

3. Langfristige Maßnahmen

Wir werden uns für die Abschaffung der Stoffstrombilanz, insbesondere bei Sonder-/Dauerkulturen, einsetzen und wollen erreichen, dass rote Gebiete bei Nitratmessungen verursachergerecht ausgewiesen werden. Wir werden uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass Weidetierhaltern endlich die Unterstützung erhalten, die sie brauchen und wollen den Schutzstaus für den Wolf absenken. Wir wollen die Verordnung zur Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems vereinfachen und vereinheitlichen. Ebenso werden wir Förderhöchstbeträge für Abluftreinigung, Gülleabdeckung und andere emissionsmindernde Maßnahmen anpassen bzw. ermöglichen.

Beschluss (Antrag des Landesvorstands - 3)

Betreff: Wir stehen fest an der Seite der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Der Landesparteitag beschließt:

Sicherheit und Freiheit sind für uns als Christdemokraten untrennbar miteinander verbunden. Freiheit ohne Sicherheit kann es nicht geben, Sicherheit ohne Freiheit ist wertlos.

Für unsere äußere Sicherheit sorgt die Bundeswehr im Verbund mit den NATO-Partnern. Sie hat die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung. Daneben ist die Bundeswehr bei der Unterstützung im Fall von Naturkatastrophen ein wichtiger Helfer. Das durften wir im Freistaat Sachsen bereits mehrfach dankbar erleben. Zudem hat sie eine große wirtschaftliche und soziale Bedeutung für unser Land. Sie schafft und sichert Arbeitsplätze in vielen Regionen.

Wir blicken in Sachsen auf eine enge Verbundenheit mit unserer Truppe zurück, die uns auch in Zukunft wichtig ist.

Seit der Friedlichen Revolution haben wir mit der Offiziersschule des Heeres (OSH), dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr sowie dem Landeskommando Sachsen in Dresden, der Panzergrenadierbrigade 37 in der Garnisonsstadt Frankenberg und dem Panzergrenadierbataillon 371 „Marienberger Jäger“ in Marienberg wichtige Standorte gewinnen bzw. sichern können. Mit der Unteroffiziersschule des Heeres in Delitzsch und dem Ausbildungskommando in Leipzig haben wir neben der OSH die zentralen Ausbildungseinrichtungen des Deutschen Heeres in Sachsen. Jeder Unteroffizier- und Offizieranwärter des Heeres kommt mindestens einmal im Rahmen seiner Ausbildung nach Sachsen. In naher Zukunft wird das Logistikbataillon 41 im Freistaat Sachsen seine Heimat finden. Diesen Schritt begrüßen wir sehr.

Wir wollen, dass der Dienst bei der Bundeswehr und der Einsatz für unser Land mehr gesellschaftliche Anerkennung erfährt und unterstützen daher die Entscheidung, den 15. Juni zum Veteranentag zu erklären. Damit können wir als ganzes Land denen Respekt zollen, die ihre Gesundheit und sogar ihr Leben für die Sicherheit unseres Landes und unserer Bündnispartner riskieren und dadurch ein Leben in Freiheit garantieren.

In diesem Zusammenhang ist es uns wichtig, die Erlebnisse und Erfahrungen die bei der Zusammenführung von NVA und Bundeswehr zur „Armee der Freiheit“ gemacht wurden, zu würdigen.

Der Veteranentag ist nicht nur ein Symbol zur Sichtbarmachung und Würdigung. Als Sächsische Union richten wir klare Forderungen an die Bundesregierung in Berlin. Hierzu zählen neben der notwendigen personellen und materiellen Ausstattung der Bundeswehr unter anderem die Verbesserung der Nachsorge, bspw. durch Reha oder Therapieangebote, eine niedrigschwellige Ansprechbarkeit und Betreuung für Soldaten im Dienst, Veteranen und deren Angehörige, aber auch die Aufwertung der Deutschen Härtefallstiftung als Träger des Fürsorgegedankens für Soldatinnen und Soldaten im Dienst sowie Veteraninnen und Veteranen. Zudem braucht es eine Stärkung des Bewusstseins über die Auswirkungen von posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) in der Laufbahnausbildung der Führungskräfte der Bundeswehr.

Für uns als Sächsische Union ist klar: Wir stehen fest an der Seite unserer Bundeswehr!

Beschluss (A-1)

Betreff:

Unternehmergeist in Schulen – Ideen von heute, von den Machern von Morgen
Sensibilisierung und Wissensvermittlung sowie Förderung von Unternehmertum

Der Landesparteitag beschließt:

Als Sächsische Union wollen wir bereits im schulischen Kontext Selbständigkeit und Unternehmertum fördern. Enge Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen und Initiativen aus der Wirtschaft sind daher von großer Bedeutung: Theoretisches Lernen schafft die Grundlage für wirtschaftliches Verständnis, der Einblick in die Praxis motiviert die Schülerinnen und Schüler.

Beschluss (A-3)

Betreff:

Häuslicher und sexualisierter Gewalt durch Prävention und Opferschutz wirksam begegnen

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union wird sich auf allen politischen Ebenen für die Entwicklung wirksamer Präventionsmaßnahmen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt einsetzen, um so Opfer gezielt zu erreichen und konkreten Schutz vor häuslicher einschließlich sexualisierter Gewalt zu bieten. Gewaltschutz ist nicht allein politisch zu behandeln, sondern auch gesellschaftlich durch folgende wirkungsorientierte Steuerungsmaßnahmen aufzugreifen:

- häusliche Gewalt mit dem gebotenen Nachdruck öffentlich thematisieren,
- Errichtung und Fortschreibung eines Monitorings in allen sächsischen Landkreisen (z.B. Anzahl Opfer, Bestand und Bedarf Beratungsstellen und Schutzräumen),
- bedarfsgerechte Gestaltung eines flächendeckenden Netzes mit Schutzräumen als Landesaufgabe,

- Prävention häuslicher und sexualisierter Gewalt in einschlägigen Gesetzen, Richtlinien und Planungsprozessen des Freistaates Sachsen noch stärker verankern.

Beschluss (I-1)

Betreff:

Welterbestätten schützen und im Sächsische Denkmalschutzgesetz verankern

Der Landesparteitag beschließt:

Ergänze ab Zeile 2045 (in Punkt V – Weil es um unsere Heimat geht/ Unterpunkt b – Regionale Entwicklung):

Große Teile unseres Freistaates sind UNESCO-Weltkulturerbe. Die Welterbeobjekte sind touristische Magneten für Menschen aus allen Teilen der Welt.

Ergänze als neuen Unterpunkt ab Zeile 2055:

Wir werde unser Welterbe ausbauen, weiterentwickeln und schützen.

Ergänze als neuen Unterpunkt ab Zeile 2114:

Wir werden den Schutz und Erhalt der sächsischen Welterbestätten (jetzige und zukünftige) im Sächsischen Denkmalschutzgesetz aufnehmen. Das bestehende (kommunale) Management der einzelnen Welterbestätten wird hierfür im Denkmalschutzgesetz berücksichtigt. Der Kulturlandschaftsbegriff als maßgebliche Definition einer sich über Jahrhunderte hinweg historisch entwickelte und von Menschen geprägte Gesamtheit im Gesetz in geeigneter Form etabliert, um zukünftig negative kumulative Effekte durch Einzelmaßnahmen zu verhindern, die u.a. zur Beeinträchtigung und/oder zum Verlust eines Welterbetitels führen können.

Beschluss (I-2)

Betreff:

Ergänzung zur Kreislaufwirtschaft im Regierungsprogramm

Der Landesparteitag beschließt:

Ergänze in Zeile 325 (in Punkt I - Weil es um unseren Wohlstand geht / Unterpunkt d – Innovation & Fortschritt):

Wir wollen die Kompetenzen zur Kreislaufwirtschaft in Sachsen weiter stärken, um die Rolle Sachsens als Vorreiter auf dem Gebiet auszubauen.

Ergänze in Zeile 375 (in Punkt I - Weil es um unseren Wohlstand geht / Unterpunkt d – Innovation & Fortschritt):

Um zusätzliche Umsätze aus der Kreislaufwirtschaft für Firmen in Sachsen zu generieren, braucht es die nötigen Kompetenzen bei Unternehmen, Institutionen und Multiplikatoren. Durch die Stärkung der Kompetenzen werden Synergien geschaffen und so entsteht eine Win-Win-Situation für Umwelt, Ressourcenschonung und Wirtschaftlichkeit.

Beschluss (I-3)

Betreff:

Ergänzung zur Mobilität im ländlichen Raum im Regierungsprogramm

Der Landesparteitag beschließt:

Ergänze nach Zeile 1435 (in Punkt III - Weil es um unsere Sicherheit und Versorgung geht / Unterpunkt h – Mobilität):

Wir entwickeln ein Projekt für die Mobilität der Zukunft im ländlichen Raum, um Lösungen zu erarbeiten, die den Anforderungen für eine nachhaltige, bezahlbare und vernetzte Mobilität Rechnung tragen.

Ergänze vor Zeile 1533 (in Punkt III – Weil es um unsere Sicherheit und Versorgung geht / Unterpunkt h – Mobilität):

Mobilität ist ein entscheidender Standortfaktor für den ländlichen Raum. Wir wollen ein Modellprojekt anstoßen, bei dem Lösungen für die Mobilität der Zukunft in ländlichen Regionen gefunden werden sollen, mit dem Ziel, durch eine Zusammenarbeit aller privaten und öffentlichen Akteure das Mobilitätsangebot deutlich zu verbessern, nachhaltig zu organisieren und auf alle ländlichen Regionen Sachsens übertragbar zu gestalten.

Beschluss (I-4)

Betreff:

Ergänzung zur Reaktivierung der Bahnstrecke Dresden-Meißen-Döbeln-Leipzig

Der Landesparteitag beschließt:

Ergänze ab Zeile 1490 (in Punkt III – Weil es um unsere Sicherheit und Versorgung geht / Unterpunkt h – Mobilität) hinter „Umfang weiter vorantreiben“:

Dies gilt insbesondere für die Reaktivierung der Hauptbahn (Dresden-) Meissen-Döbeln (-Leipzig).

Ergänze in Zeile 1492, hinter „sehen wir“:

ergänzend zum Schienenverkehr

Überweisungen

Überweisung (A-2)

Betreff:

Ausweitung der Förderrichtlinie Business Angel Bonus
JTF 2021-2027 auf ganz Sachsen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des
Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union möge prüfen, inwieweit die Förderrichtlinie "Business Angel Bonus JTF 2021-2027", welche derzeit in ausgewählten Regionen Sachsens aktiv ist, auf alle Landkreise im Freistaat Sachsen ausgeweitet werden kann.